

Aufstellungsbeschluss zum IGI steht

Vorsitzender Glaser: „Jetzt geht es nur noch um das Wie“ – Umlegung vertagt



Die Bürgermeister Wolfgang Jautz (v.l.) , Mario Glaser und Christian Kuhlmann sowie Planer Bernd Munz bei der IGI-Verbandssitzung.

Andreas Spengler

Warthausen

Der Zweckverband hat einen weiteren Meilenstein für das geplante Industriegebiet (IGI) im Rißtal erreicht. Bei der Verbandssitzung in Warthausen wurde der Bebauungsplan für den ersten Abschnitt mit 32,6 Hektar aufgestellt. Ein kontroverses Thema wurde allerdings vertagt.

Einstimmig wählte der Verband Schemmerhofens Bürgermeister Mario Glaser zum neuen Vorsitzenden – und der schlug sogleich deutliche Töne an: „Es geht jetzt nicht mehr um die Frage des Ob, sondern nur noch um das Wie“, sagte er. Er forderte die IGI-Gegner dazu auf, „die demokratischen Beschlüsse zu akzeptieren. Wir werden keine Lösung finden, die für alle zufriedenstellend sein wird.“ Zugleich aber versprach er, die Warthäuser Interessen „besonders zu prüfen und zu wägen“.

Vor Beginn der Verbandssitzung war genau das nötig geworden, nachdem der Warthäuser Gemeinderat sich zuletzt für eine Vertagung des Tagesordnungspunkts „Anordnung einer Umlegung“ ausgesprochen hatte und seinen Delegierten einen entsprechenden Weisungsbeschluss verwehrt hatte (SZ berichtete).

„Wir sind uns einig, dass eine Abstimmung darüber heute keinen Sinn macht“, erklärte daher Biberachs Baubürgermeister Christian Kuhlmann im Zweckverband. Das Warthäuser Ratsmitglied, Philipp Eggensberger (ÖBB), nannte dies eine „sehr intelligente Entscheidung“.

Eberhard Sutter vom Biberacher Vermessungsamt stellte zumindest die Grundzüge eines Umlegungsverfahrens vor. „Natürlich ist der Königsweg immer der freihändige Erwerb“, betonte er. Wenn dieser aber nicht möglich sei, weil sich Grundstückseigentümer weigern, zu verkaufen, gibt es die rechtliche Möglichkeit für eine Umlegung. „Eine Blockierung durch einzelne Eigentümer ist nicht möglich“, sagte Sutter. Warthausens Bürgermeister Wolfgang Jautz betonte, eine Umlegung sei keine Enteignung. Außerdem versprach er, dass der Zweckverband im jedem Fall weiterverhandeln wolle, bevor zum Mittel einer Umlegung gegriffen werde.

Der Biberacher Rat Josef Weber (Grüne) kritisierte, die Umlegung sei ein „Kampfmittel“. „Warum fangen wir jetzt schon an, zu drohen?“, sagte er. Verbandsvorsitzender Glaser entgegnete: „Die Umlegung kann ein Thema werden“. Deshalb wolle der Verband frühzeitig darüber informieren und entscheiden.

Weber machte abermals deutlich, dass er dem Bebauungsplan für das Industriegebiet „nie und nimmer“ zustimmen könne und verwies auf einen möglichen Wirtschaftsabschwung, den Klimawandel und die Flächenversiegelung. Er wolle die Planungen zum Industriegebiet vorerst ruhen lassen. Auch Eggensberger äußerte Kritik. Er sehe noch „Luft nach oben“. Am liebsten sei ihm gar kein Industriegebiet, aber wenn es komme, dann „möglichst ökologisch“. Kuhlmann sagte, er könne die Forderung nachvollziehen, verwies aber auch darauf, dass die „Firmen wirtschaftlich arbeiten können müssen“. Die Frage sei, „wie weit drehen wir an der Schraube Ökologie?“

Der Planer Bernd Munz vom Büro Lars Consult warb indes für den Bebauungsplan. Ein Drittel des Gebiets werde als Grünfläche gestaltet, der gesamte ökologische Ausgleich im Gebiet selbst geleistet und insgesamt würden mehr als 1000 Bäume gepflanzt.

2020 könnte Bau beginnen

Am Ende stimmten die Bürgermeister der vier Mitgliedsgemeinden einmütig für den Bebauungsplan. Josef Weber kritisierte, dass im Biberacher Gemeinderat nicht ausdrücklich über eine Weisung abgestimmt worden sei. Kuhlmann verwies dagegen auf die Mehrheitsverhältnisse und die generelle Beschlusslage im Rat.

Als ungefährender Zeitplan sei nun anvisiert, dass 2020/2021 mit dem Hochbau begonnen werden soll, sagte Kuhlmann. Noch befinde sich das Verfahren am Anfang und bei der anstehenden Öffentlichkeitsbeteiligung hätten die Bürger nun die Möglichkeit, ihre Kritikpunkte und Anregungen einzubringen.

Vom 2. Januar bis zum 14. Februar wird der Planentwurf in den Rathäusern in Warthausen und Schemmerhofen ausgelegt. Am 29. Januar 2020 findet eine Bürgerversammlung statt. Details folgen.
